



MITGLIEDERRUNDBRIEF – Juni 2015

Liebe Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik,

liebe Genossinnen und Genossen,

liebe VerfechterInnen einer Gesellschaft, in der die Teilhabe aller Menschen - unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer ethischen und sozialen Herkunft, ihres Geschlechts oder Alters – selbstverständlich ist!

Der SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik nimmt den Bundesparteitag, der am 6. und 7. Juni in Bielefeld stattfindet, zum Anlass, um über seine Aktivitäten seit Beginn dieses Jahres zu berichten.

Mitgliederversammlung in Duderstadt im April 2015

Ein ganz wichtiger Höhepunkt unserer Arbeit war die zweitägige Mitgliederversammlung am 11. und 12. April in Duderstadt. Katrin Werner, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, konnte leider nicht persönlich vor Ort sein, bekräftigte aber in ihrem Grußwort, wie viel es in Sachen Inklusion in Deutschland zu tun gäbe. Die Anhörung zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland durch den UN-Fachausschuss in Genf habe ihr noch einmal verdeutlicht, welchen Standpunkt die deutsche Regierung in Sachen Behindertenpolitik vertritt. Jetzt erwarte sie mit Spannung den Abschlussbericht des Fachausschusses. (ist inzwischen erschienen)

Genauso wichtig sei es für sie, den Entstehungsprozess des Bundesteilhabegesetzes zu beobachten und an den regelmäßigen Inklusionsdialogen teilzunehmen, in denen die behindertenpolitischen SprecherInnen aller Fraktionen über die Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz unterrichtet werden. Wenn sie an die bevorstehende Evaluation und Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes denke, freue sie sich, unsere Interessen im Bundestag vertreten zu dürfen.

Die Tagung in Duderstadt war so konzipiert, dass am ersten Tag die bildungspolitische Veranstaltung zum Thema „Bundesteilhabegesetz“ stattfand. Ziel sollte zum einen die Weiterbildung der Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik über das Bundesteilhabegesetz sein, um sie theoretisch zu diesem Thema fit zu machen und ihnen Argumente zu liefern, damit sie offensiv die Diskussion in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft führen können. Zum anderen sollte auf der Veranstaltung der aktuelle Entwicklungsstand des Gesetzes vorgestellt werden.

Zunächst referierte Leif Steinecke, Anwalt für Sozialrecht, zum Thema: „Das Bundesteilhabegesetz – ein modernes Teilhabegesetz. Um was geht es eigentlich?“ Anschließend sprach Sonja Kemnitz, Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Berlin und bis April 2014 Sprecherin der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, über die politischen Chancen und Grenzen des Bundesteilhabegesetzes und den aktuellen Stand der Dinge.

Es war die erste Bildungsveranstaltung dieser Art für die BAG und demzufolge für uns alle eine große Herausforderung, zumal der Wissensstand der Einzelnen sehr unterschiedlich ist und wir in Fragen der Umsetzung einer solchen Veranstaltung in Leichter Sprache bisher wenig Erfahrung haben. So war der Rahmen der Veranstaltung zu weit gesteckt und die Gesprächsführung bei den unterschiedlichen Voraussetzungen schwierig. Insofern konnten wir das Ziel der Veranstaltung nur zum Teil erreichen. Wir betrachten politische Bildung für uns als Mitglieder der BAG für die Zukunft weiterhin als unabdingbar. Es bedarf allerdings einer weiteren genauen Analyse durch den SprecherInnenrat, wie solche Veranstaltungen effektiver gestaltet werden können.

Am zweiten Tag fand die Mitgliederversammlung (MV) statt. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Zusammenarbeit zwischen der BAG und den einzelnen LAGen. Die LAGen berichteten aus ihrer konkreten Arbeit vor Ort, zum Teil auch von ihren Aktivitäten in Richtung Landtagswahlen. Leider blieb auch hier zu wenig Zeit, um Entwicklungen und Probleme in der Tiefe auszuwerten und intensiver über die weitere konstruktive Zusammenarbeit zu sprechen. Diese Fragen müssen einen entsprechenden Platz in unserer weiteren Arbeit erhalten.



*Auf der MV wurde über die Zusammenarbeit zwischen der BAG und den einzelnen LAGen diskutiert.
Copyright. Margit Glasow*

Darüber hinaus standen Nachwahlen im SprecherInnenrat an. So war Carsten Zinn, Mitglied der LAG Niedersachsen, bereits im Mai 2014 zurückgetreten. Renate A.-K. legte an diesem Tag ihre Funktion als Sprecherin nieder, da sie beruflich zu stark eingespannt ist. Renate hat als Sprecherin der BAG lange Zeit die Arbeit der BAG mit vorangetrieben, insbesondere hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus war sie immer eine integrierende Kraft bei Auseinandersetzungen innerhalb des SprecherInnenrates. Dafür gilt ihr unser besonderer Dank.

Bei den Nachwahlen wurden Dr. Sabine Wendt (LAG Hessen) und Peter Kohlhaas (LAG Sachsen) in den SprecherInnenrat gewählt.

Als eine Schlussfolgerung aus der Bildungsveranstaltung des Vortages wurde auf der Mitgliederversammlung ein Beschluss hinsichtlich der Umsetzung konkreter Maßnahmen

gefasst, die in Verantwortlichkeit des BAG-SprecherInnenrates umzusetzen sind:

- Erstellung eines Flyers mit den Hauptforderungen zum Bundesteilhabegesetz
- Formulierung von Musteranfragen und Musteranträgen
- Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung
- Initiierung einer „Beobachtergruppe Bundesteilhabegesetz“, die die Berichterstattung über die weitere Entwicklung des Bundesteilhabegesetzes verfolgt, bewertet und in die BAG trägt

Ein weiterer Beschluss der MV besteht darin, innerhalb der BAG eine Kampagne zum Beitritt von Werkstattbeschäftigten zu Ver.di zu starten.

Insgesamt schätzen wir ein, dass das Wochenende in einer konstruktiven, nach vorne gewandten Atmosphäre stattfand. Wir haben über wichtige aktuelle Themen diskutiert und nach Wegen gesucht, wie wir uns sowohl als BAG als auch als LAGen weiter profilieren und Inklusion vor Ort vorantreiben können. Wir erachten es dabei als notwendig, verstärkt zusammenzuarbeiten und uns besser zwischen BAG und LAGen auszutauschen. Kritisch müssen wir feststellen, dass es hinsichtlich der Barrierefreiheit und der Gesamtstrukturierung der Veranstaltung sowie der Arbeitsverteilung noch einiges zu verbessern gilt.



*Auf der MV mit dabei: Diana Bader, Sprecherin für Frauen-, Familien-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik im Branbdenburger Landtag, (Mitte)
Copyright: privat*

Tagung „Gute Arbeit von Menschen mit Behinderung“ am 18. April

Eine weitere Veranstaltung, die die Notwendigkeit selbstbestimmter Behindertenpolitik auf dem Gebiet der Arbeit deutlich machte, war die Tagung „Gute Arbeit von Menschen mit Behinderung – DAS muss drin sein!“. Rund 60 TeilnehmerInnen zählte die Veranstaltung am 18.4.15, die von den beiden Fraktionen DIE LINKE in den Landschaftsverbänden im Landeshaus in Münster durchgeführt wurde. Sowohl bei der Konzeption als auch bei der Vorbereitung der Veranstaltung waren Mitglieder der BAG und der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW beteiligt.

Was bedeutet gute Arbeit für Menschen mit Behinderung? Mit diesem Titel wurde zum Einen eine Kampagne der Gewerkschaften für Gute Arbeit aufgegriffen, zum Anderen die Kampagne der Partei „DAS muss drin sein!“

Die beiden Fraktionen in den Landschaftsverbänden hatten in den letzten Jahren immer wieder versucht, durch Anträge und Anfragen gute Arbeitsbedingungen für Menschen mit

Behinderungen zu schaffen. In der Vorbereitung der Veranstaltung wurden in etlichen Städten von den Fraktionen DIE LINKE Anfragen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in der Verwaltung gestellt. Es wurde gefragt, ob Städte und Kreise Aufträge an Integrationsunternehmen vergeben, um dort die Arbeitsplätze zu sichern und zu fördern.

In verschiedenen Referaten und Gesprächsrunden beleuchteten die ReferentInnen und TeilnehmerInnen auf der Veranstaltung die Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Regelbetrieb, in den Werkstätten und im Integrationsbetrieb.

Bei der Gesprächsrunde zu den Werkstätten mit Heinz Waschhof und Ludger Klein-Ridder wurde die Forderung nach Mindestlohn und einem Arbeitsvertrag für Werkstattbeschäftigte von vielen TeilnehmerInnen unterstützt. Auch wurde hinterfragt, warum die Werkstätten von ihren Auftraggebern so wenig bezahlt bekommen. An Hand des konkreten Beispiels von Ines Pakosch wurde das schlechte und auch oft rechtlich umstrittene Werkstattentgelt thematisiert.

Detlef Bieber stellte die Arbeit der Schwerbehindertenvertretung im Regelbetrieb dar. Seiner Meinung nach ist es unbedingt notwendig, dass die Schwerbehindertenvertreter mehr Rechte bekommen und mehr Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz erhalten. Frau Braun vom Integrationsfirma AFB berichtete von ihrem Projekt zur Ausbildung von Menschen mit Behinderung. AFB führt PCs der Wiederverwertung zu und sorgt dafür, dass die Daten nach den gesetzlichen Bestimmungen vernichtet werden. Die AFB hat schon viele öffentlichen AuftraggeberInnen.

Sonja Kemnitz referierte über die aktuellen Entwicklungen in der Diskussion um das Bundesteilhabegesetz und Sabine Wendt hielt einen Vortrag über neue Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch das Bundesteilhabegesetz.

In den anschließend stattfindenden Arbeitsgruppen diskutierten die TeilnehmerInnen über konkrete Forderungen und viele brachten ihre eigenen Erfahrungen aus der Arbeit und der Arbeitsplatzsuche ein. Am Schluss der Veranstaltung waren sich Alle darüber einig, dass dieses Thema weitergeführt werden muss. Als ein Ergebnis der Veranstaltung wurde beschlossen, sich an den 1.Maidemonstrationen zu beteiligen. Und es soll enger mit der Gewerkschaft ver.di zusammengearbeitet werden. Eine Dokumentation der Tagung wurde erstellt und kann über die beiden Fraktionen der Landschaftsverbände DIE LINKE in der LWL und in der LVR bestellt werden. Sie ist auch erhältlich am Stand der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik auf dem Bundesparteitag DIE LINKE in Bielefeld.

Ver.di für die Interessenvertretung der behinderten Beschäftigten gewinnen!

Endlich wird die Öffentlichkeit aufmerksam auf die Willkür, mit der Lohnkürzungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) durchgesetzt werden: Im März berichtete das Wirtschaftsmagazin WISO des ZDF darüber, dass in der Wertkreis-Werkstatt Gütersloh (NRW) durch Einführung eines neuen Entlohnungssystems mehr als der Hälfte der Beschäftigten der Lohn gekürzt wurde. Während sich 12 Beschäftigte mit Klagen dagegen zur Wehr setzten, die noch nicht rechtskräftig entschieden sind, fiel der Werkstattrat ihnen in den Rücken und unterstützte die Werkstattleitung mit einem Protestschreiben an das ZDF. Doch auf der Internetplattform kobinet wurde dieses Verhalten ebenso kritisiert, wie in der LAG der Werkstatträte NRW. Die LINKE in Gütersloh unterstützte die Beschäftigten mit einer Demonstration. Danach wurde der Stadtverbandssprecher von der Werkstattleitung mit einer Unterlassungsklage vor dem

Amtsgericht bedroht. Die Werkstattbeschäftigte, über deren Benachteiligung das Fernsehen berichtet hatte, ist inzwischen der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in NRW beigetreten.

Reformen werden in WfbM für die 300.000 behinderten Beschäftigten nur durchzusetzen sein, wenn es gelingt, die Gewerkschaft Ver.di für die Interessenvertretung der behinderten Beschäftigten zu gewinnen. Das Betreuungspersonal streikt gegenwärtig um eine höhere Eingruppierung in den Erziehungsdienst-Tarifvertrag, aber es gibt ja noch mehr abhängig Beschäftigte in der WfbM, für die das Recht auf den Abschluss eines Tarifvertrags erst erstritten werden muss. Die BAG SB hat daher auf ihrer MV in Duderstadt im April 2015 beschlossen, eine Kampagne zum Beitritt von Werkstattbeschäftigten zu Ver.di zu starten. Das lohnt sich für diese schon dadurch, dass sie dann bei Klagen gegen Lohnkürzungen, Kündigungen u. a. m. Rechtsschutz von Ver.di bekommen. In Schreiben an die Verantwortlichen für den Werkstattbereich in den Bezirken und dem Hauptvorstand wird auf die bis Juli 2015 laufende Mitgliederwerbemaßnahme STARK MIT DIR verwiesen und gefordert, dass geeignetes Werbematerial für Werkstattbeschäftigte in einfacher Sprache erstellt wird. Außerdem soll Ver.di im Rahmen der Diskussion um das Bundesteilhabegesetz Position für eine Reform der Werkstätten beziehen, die diese zum Teil eines inklusiven Arbeitsmarktes macht und die Werkstattbeschäftigten bei der Ausarbeitung eines gerechteren Lohnsystems unterstützt mit dem Ziel, darüber Betriebsvereinbarungen und später Tarifverträge abzuschließen.

Aktionen zum 1. Mai 2015

In vielen Städten gab es auch in diesem Jahr wieder Aktionen zum Tag der Arbeit, an denen sich Mitglieder der BAG beteiligten. So war in Nordrhein-Westfalen die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik mit behindertenpolitischen Forderungen in drei Städten auf den Kundgebungen und Demonstrationen vertreten:

„Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt“ hieß es in Köln, in Recklinghausen wurde die „Erhöhung der Beschäftigungsquote und der Ausgleichsabgabe“ gefordert und in Hamm „Arbeitsvertrag und Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte“.



In Köln demonstrierten Mitglieder der LWL-Fraktion und Mitglieder der LAG SB NRW für gute Arbeit für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt (Foto links, Copyright: Rolf Kohn) und in Hamm hieß die Forderung: Arbeitsvertrag und Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte (Foto rechts, Copyright: privat)

LINKE im hessischen Landtag fordern das Budget für Arbeit

Die LAG SB Hessen hat mit der Landtagsabgeordneten Marjana Schott, Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im hessischen Landtag, einen Berichtsantrag zum Hessischen Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen (HePAS) ausgearbeitet, der den Sozialminister Grüttner verpflichtet, dazu im Ausschuss Arbeit und Soziales persönlich zu antworten (siehe dazu Rubrik Musteranträge auf der Homepage der BAG SB). Mit diesem Programm sollen vom 1.1.2014-31.12.2016 30 Mio. Euro zur Förderung der Beschäftigung besonders betroffener schwerbehinderter Menschen im Rahmen des Bundesarbeitsmarktprogramms "Initiative Inklusion" ausgegeben werden. Die LINKE kritisiert, dass mit diesem Programm u. a. Ablösesummen von jeweils 5000,- an Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) gezahlt werden sollen, wenn diese ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und einen behinderten Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermitteln. DIE LINKE schlägt vor, diese Mittel direkt als Budget für Arbeit an diejenigen behinderten Beschäftigten auszuzahlen bzw. als Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber, der ihnen einen Arbeitsplatz bietet. Dieses Budget für Arbeit wird mit Erfolg in anderen Bundesländern (z. B. Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen) angewendet, aber noch nicht in Hessen.

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – die BAG ist dabei

Am 5. Mai fand - wie in den letzten Jahren auch – in Berlin eine Kundgebung und Demonstration statt. Aufgerufen hatten der Berliner Behindertenverband, der SoVD Berlin-Brandenburg und die Initiative Daheim statt Heim. Waren viele Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik bisher schon immer beteiligt, gab es dieses Jahr zum ersten Mal einen Stand der BAG, der gut besucht wurde.



Der Stand der BAG am 5. Mai wurde gut besucht. Copyright: privat

Auf dem **Bundesparteitag am 6. und 7. Juni in Bielefeld** wird die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik zwei Änderungsanträge einbringen – einmal zum Leit Antrag und einmal zum Beschluss der Kommunalpolitischen Leitlinien. Dabei geht es insbesondere darum, den Gedanken der Inklusion aufzugreifen, der sich unter anderem in einem Wahlrecht für alle Menschen manifestiert.

Wir bitten alle Parteitage delegierten, diesen Anträgen zuzustimmen.

Die Zukunft ist barrierefrei!

Eine Veranstaltung der BAG auf der LINKEN Woche der Zukunft

"Die Zukunft ist barrierefrei", so umschrieben Utz Mörbe und Peter Kohlhaas ihre Vision einer barrierefreien Gesellschaft. Moderiert wurde die Veranstaltung, die im Rahmen der LINKEN Woche der Zukunft stattfand, von Dr. Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Utz Mörbe und Peter Kohlhaas, beide Mitglieder im SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, referierten ihre Vorstellungen zur barrierefreien Zukunft unserer Gesellschaft. Seinen Vortrag hatte Utz Mörbe für höreingeschränkte ForumsteilnehmerInnen und zur Unterstützung seiner Verständlichkeit in Textform an die Raumwand projiziert: Eine Barriere beseitigt.

Die Vision ist eine inklusive Gesellschaft, die allen Mitgliedern die Teilnahme an allen Lebensaktivitäten ermöglicht: Bildung, Arbeiten, Wohnen, Mobilität und Verkehr, Veranstaltungen, Inanspruchnahme der Einrichtungen des Gesundheitswesens, Teilnahme am kulturellen und politischen Leben. Dieses Konzept nützt Allen in der Gesellschaft. Jeder Mensch ist individuell, ob mit oder ohne Funktionseinschränkungen (volkstümlich Behinderungen).

Zu Beginn der Diskussion mit 11 TeilnehmerInnen, davon 6 Rollifahrer, hatten sich Alle mit ihren Erfahrungen und jetzigen Lebenssituationen vorgestellt: Arbeitswelt, Studienbedingungen an der Uni, Arbeit in der Kommunalpolitik, in der Werkstatt - um das Wichtigste zu nennen. Diskutiert wurde ausführlich sowohl über die Bedeutung der Begriffe Inklusion und Integration als auch "man ist behindert" und "man wird behindert" - wichtige abstrakte Grundbegriffe.

Es waren interessante, lebendige und informative zwei Stunden, zu denen alle TeilnehmerInnen beigetragen haben. Danke dafür!

Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen beschließt Umsetzung des Teilhabekonzeptes

Am Samstag, den 30.5.2015 stand auf der Tagesordnung des Landesvorstandes (LaVo) DIE LINKE Niedersachsen das Thema Teilhabekonzept. Viktoria Kretschmer, Mitglied im SprecherInnenrat der LAG Niedersachsen und im Landesvorstand hatte Rolf Kohn, Koordinator der BAG und Teilnehmer des AK zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes eingeladen, das Konzept der Bundespartei vorzustellen. Rolf skizzierte die wichtigsten Eckpunkte des Teilhabekonzeptes – barrierefreie Kommunikation, Dokumente, homepage, Fortbildungen, Geschäftsstellen, Veranstaltungen. Er berichtete von der begonnenen Umsetzung des Teilhabekonzeptes im Bund und in der Landespartei NRW. Auch die Notwendigkeit der selbstbestimmten Vertretung von Menschen mit Behinderungen in den Parlamenten wurde von ihm hervorgehoben.

Auf den Vortrag von Rolf folgte eine lebhafte Diskussion im Landesvorstand. Es wurden konkreten Fragen zur Umsetzung barrierefreier Geschäftsstellen in Niedersachsen, zu barrierefreien Veranstaltungen oder auch zur einfachen und leichten Sprache in Dokumenten gestellt. Auch in Niedersachsen gibt es schon Veröffentlichungen der Partei in leichter Sprache. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, was schnell und unbürokratisch umgesetzt werden kann – z.B. Veränderungen der homepage oder Barrierefreiheit von Veranstaltungen – und was länger dauern wird.

Viktoria Kretschmer fasste die Diskussion zusammen und stellte den Antrag, das Teilhabekonzept in der Landespartei Zug um Zug umzusetzen. Gemeinsam mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen soll dafür einen Massnahmeplan erstellt werden. Der Landesvorstand Niedersachsen stimmte dem Antrag einstimmig zu.



Erfassungsbogen barrierefreie Veranstaltungsräume

Name der Einrichtung:

Datum der Erfassung:

Postleitzahl und Ort:

Adresse:

Telefonnummer:

e-mail-Adresse:

Homepage:

An- und Abreise:

Entfernung vom Bahnhof: barrierefreie Anfahrt mit mit Bus oder Bahn:

Linien: Entfernung Haltestelle – Veranstaltungstätte:

Blindenleitsystem zur Veranstaltungstätte:

Anzahl der Behindertenparkplätze: Entfernung zum Gebäude:

Zugang zum Gebäude:

Ohne Treppen : eine Stufe: Rampe:

automatische Tür:

Weg vom Eingang bis zum Raum:

Leitsysteme: akustisch/ Auskunft: tastbar: visuell:

Piktogramme:

stufenlos oder Aufzug: Türenbreite mehr als 90 cm: Gangbreite mehr als 120 cm:

Handläufe:

Veranstaltungsraum:

Etage: Behindertentoilette: Assistenzhunde erlaubt:
Mögliche Anzahl TeilnehmerInnen: unterfahrbare Tische (höher als 67 cm):
Anzahl Sitzplätze:
Anzahl der Plätze für RollstuhlfahrerInnen: Induktionsanlage:
RednerInnenpult höhenverstellbar: gute Sichtverhältnisse:
großzügige, veränderbare Sitzverteilung:
Podium stufenlos erreichbar:

Zusätzliche Anmerkungen:

Für Rückfragen:

Erfasst worden von:

Telefonnummer:

e-mail- adresse:

Das Formular gibt es auf der homepage der BAG auch als ausfüllbares Word-Dokument.
Bitte den ausgefüllten Bogen schicken an:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
c/o Rolf Kohn
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24009-440
E.-Mail: bag.behindertenpolitik@die-linke.de
www. bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de

Übrigens:

In der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN gibt es auch die **Klappkarte „Das muss drin sein“ in leichter Sprache.**

Impressum

Herausgeber dieses Mitgliederrundbriefes:
SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE

AutorInnen dieser Ausgabe: Hans-Peter Clausen (LAG Berlin), Margit Glasow, Doris Sorge, Dr. Sabine Wendt (Sprecherinnen BAG), Rolf Kohn (Koordinator der BAG)



BAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik

DIE LINKE.

**Erklärung meiner Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft
Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE.**

**Die BAG wird Deine Mitgliedschaft Deinem Landesverband melden. Die
Mitgliedschaft der BAG-SB ist kostenlos und unabhängig von einer Mitgliedschaft
der Partei DIE LINKE.**

Name

Vorname

Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort,

Bundesland, Kreisverband

Festnetz, Handy

E-Mail

Ich bin Parteimitglied der Partei DIE LINKE.

ja nein

Hiermit verpflichte ich mich Änderungen meiner getätigten Angaben oder meinen
Austritt aus der BAG, der BAG mitzuteilen.

Datum, Ort, Unterschrift

Beitrittserklärung senden an: Rolf Kohn, Partei DIE LINKE, BAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik, Bundesgeschäftsstelle, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin